

Institut für Sozialwissenschaften – Politikwissenschaft  
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 24118 Kiel

Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen  
Landtags  
z. Hd. Martin Habersaat

Landeshaus Postfach 7121  
24171 Kiel

Prof. Dr. Andreas Lutter  
Institut für Sozialwissenschaften  
Politikwissenschaft

☎ ++49 (0431) 880-3393  
lutter@politik.uni-kiel.de

Hausanschrift:  
Westring 400, 24118 Kiel  
Postanschrift für Päckchen + Pakete  
Olshausenstr. 40–60, 24118 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 20/1985**

**Stellungnahme**

**12.09.2023**

**Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken**  
**Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 20/830**  
**Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen**  
**Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 20/978**

Sehr geehrter Herr Habersaat, sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses,

unter Bezugnahme auf die hier zur Rede stehenden Anträge (Drucksachen 20/830 und 20/978) werde ich nachfolgend Stellung zur Situation sowie Stärkung der politischen-ökonomischen Bildung in den Schulen Schleswig-Holsteins nehmen. Zunächst gehe ich grundlegend auf ausgewählte Spezifika sozialwissenschaftlicher Schulfächer ein, bevor ich einige Herausforderungen markiere. Abschließend formuliere ich Empfehlungen, die in diesem Zusammenhang hinsichtlich einer bildungspolitischen Gesamtstrategie für die sozialwissenschaftliche und demokratische Bildung aus meiner Sicht beachtenswert erscheinen.

Sozialwissenschaftliche Bildung (politische und ökonomische Bildung) kann als ein – in weiten Teilen – etablierter Bestandteil des Fachkanons der allgemeinbildenden Schule betrachtet werden. Die schulische Praxis ist jedoch durch eine unübersichtliche Vielfalt an bestehenden Fachbezeichnungen, Fachzuschnitten und gewährten Zeitvolumina auf den Jahrgängen der Studentafel geprägt. Einschlägig ausgewiesene Fächer und Fachverbände sozialwissenschaftlicher Bildung speisen sich inhaltlich zumeist aus Themen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft (zum Teil in Verbindung mit Recht). Zentrale Zielfiguren dieser Schulfächer stellen neben dem Erwerb von Wissen zumeist die Förderung von Kompetenzen des Urteilens, Handelns sowie die Stärkung demokratischer Dispositionen dar. Schulfachlich organisierte sozialwissenschaftliche Bildung baut damit eine Brücke zu fachübergreifenden Maßnahmen demokratischen Lernens, wie beispielsweise einer "einmischungsfreudig" organisierten Schulkultur.

In den vergangenen Jahren wurde diskutiert, inwiefern sozialwissenschaftliche Bildung über Verbundfächer oder im Rahmen von eigenständigen Fächern politischer und ökonomischer Bildung erteilt werden soll. In der bildungspolitischen Praxis haben sich verschiedene Modelle etabliert, die sich zwischen Fachintegration und Fachseparation (Addition einzelner Fächer) politischer und ökonomischer

Bildung aufspannen. Sozioökonomische Perspektiven betonen zusehends die Verbindungslinien zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus Perspektive der Erfahrungs- und Deutungspraxis junger Menschen (Alltags- und Erfahrungsorientierung, Multiperspektivität, Gestaltungsorientierung). Es ist offensichtlich, dass alltägliche Handlungsbereiche – beispielsweise im Rahmen wirtschaftlich typisierter Rollen (bspw. Verbraucher\*innen) – nur schwerlich von gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Gestaltungsfragen getrennt werden können. Nicht zuletzt gewinnen vor dem Hintergrund multipler Krisenlagen und umfassender Transformationsprozesse integrative Sichtweisen für das Verständnis gesellschaftlicher Praxis an Bedeutung. Politik und Wirtschaft sind daher in gemeinsam erteilten Schulfächern "gut aufgehoben". Das Schulfach Wirtschaft/Politik setzt an diesem Punkt an und weist als ein einschlägiges sozialwissenschaftliches Integrationsfach vielfältige Ähnlichkeiten zu bestehenden Fachstrukturen in anderen Bundesländern auf, kann aber aufgrund seiner Integrationsorientierung curriculare Akzente der Verbindung von wirtschaftlichen und politischen Themenfeldern setzen.

Daneben erscheint eine Flankierung von Wirtschaft/Politik durch weitere schulische Initiativen und Maßnahmen (Stichwort: demokratische Schul- und Lernkultur) unverzichtbar, um demokratisches Handeln in der Lebenswelt junger Menschen erfahrbar zu machen. Demokratisches Lernen vollzieht sich neben der sachfachlichen Vermittlung durch die Erprobung dialektischer Verfahren (zwischen konfliktorientiertem und gemeinsamen Handeln), die in der Klassen- und Schulkultur etabliert werden. Die schulische "Einladung" zu einer Entdeckung der "Lebbarkeit" von Demokratie sollte keineswegs einer spezifischen Alters- und Jahrgangsstufe von Schüler\*innen "exklusiv" vorbehalten bleiben, sondern auch jüngeren Jahrgangsstufen zugänglich sein.

Die gemäß des zur Rede stehenden Antrags vorgeschlagene weitere Stärkung (vor allem hinsichtlich einer Absenkung der schulischen Eingangs- und Unterrichtsstufe) ökonomisch-politischer Bildung könnte verschiedene Herausforderungen adressieren.

Das bildungspolitische Signal eines strukturell etablierten und verbindlichen Fachs politisch-ökonomischer Bildung in Schleswig-Holstein (Wirtschaft/Politik) ab der Eingangsstufe weiterführender Schulen würde die schulfachlichen Schwerpunkte im sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächerspektrum akzentuieren und damit die bildungspolitische Profilschärfe entgegen einer "Randständigkeit" stärken.

Schulfachlich könnte die unterrichtliche Umsetzung der bislang geltenden anspruchsvollen Fachanforderungen Wirtschaft/Politik vorentlastet und im Sinne einer curricularen Vernetzung über die Jahrgangsstufen hinweg systematisch angelegt werden.

Sozialwissenschaftliche Bildung und eine demokratisch gelebte Schulkultur können einen Beitrag zum schulischen Umgang mit heterogenen Lernbedingungen und sozioökonomischen Lebenslagen der Schüler\*innen leisten. Gerade jüngere Schüler\*innen profitieren von der gemeinsamen Auseinandersetzung mit der Gestaltungsfähigkeit ihrer Lebens- und Schulwelt, womit an der Schnittstelle zwischen sozialem Lernen und sozialwissenschaftlich-demokratischer Bildungspraxis eine inklusive Lern- und Schulkultur gestärkt wird. Dies trägt auch zu weiterer Profilierung und Schwerpunktsetzung auf einzelschulischer Ebene bei, wobei bestehende fachübergreifende Maßnahmen (Projekte, außerschulische Kooperationen) aufgewertet und damit sichtbarer, andererseits neue Initiativen angestoßen werden können.

Dazu bedarf es einer Gesamtausrichtung, die Prinzipien und Möglichkeiten sozialwissenschaftlicher und demokratischer Bildung formuliert und entsprechend einer Rahmensetzung Ziele und schulische Handlungsmöglichkeiten strukturiert. Die Ausweisung einer Strategie sozialwissenschaftlich-demokratischer Bildung für die Schulen Schleswig-Holsteins könnte durch folgende Prinzipien getragen werden:

- Fachlich inhaltliches Prinzip: Das Schulfach Wirtschaft/Politik als sozialwissenschaftliches Integrationsfach politischer und ökonomischer Bildung ab der 5. Jahrgangsstufe (Wirtschaft, Politik, Gesellschaft)
- Fachübergreifend schulisches Prinzip: Demokratiebildung als fachübergreifendes und schulisches Prinzip einer inklusiven demokratisch-einmischungsfreundlichen Klassen- und Schulkultur (Klassenrat, Schülerfirmen, Projekte, partizipative Schule ...)
- Außerschulisch kooperatives Prinzip: Integration außerschulischer Träger und Lernorte, Partner und Projekte politischer und ökonomischer Bildung (bspw. Landesbeauftragter für politische Bildung, Demokratie:werk CAU zu Kiel, Entrepreneurship Education, Praxiskontakte Wirtschaft und Politik ...)

Hierzu wäre neben der formalen Weiterentwicklung der Kontingenztafel ein organisatorischer Rahmen zu schaffen, der den Schulen die notwendigen Entwicklungen logistisch, organisatorisch und personell ermöglicht. Gegebenenfalls ist dabei zu prüfen, inwiefern die schulische Ebene entsprechend ihrer Bedarfe mit Mitteln auszustatten ist, um ausgewählte Schwerpunkte und die Stärkung bestehender Strukturen schulspezifisch vornehmen zu können. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass sich viele Schulen bereits über ein hohes Engagement in diesem Bereich (Kooperationen, Projekte) auszeichnen, teilweise getragen durch vielfältige Initiativen (auch einzelner Lehrkräfte). Insgesamt müsste die Gelegenheit gegeben werden, je nach Bedarf die schulfachliche Organisation und Koordination (Kapazitäten, einzelschulische Curricula) perspektivisch fortzuentwickeln und eigene Schwerpunkte zu bilden oder weiter auszubauen.

Die Gewinner einer solchen Entwicklung in Schleswig-Holstein wären sicherlich die Adressaten politischer Bildung. Schüler\*innen hätten vor dem Hintergrund der aktuell massiven gesellschaftlichen Herausforderungen mehr curricular und schulisch gewährte Lernzeit, sich mit aktuellen und strukturellen Schlüsselproblemen des gemeinsamen Zusammenlebens im Rahmen ausgewiesenen Fachunterrichts der Schule – und darüber hinaus – vertiefend auseinanderzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Andreas Lutter